



Lütjenburger Rundschau

www.spd-luetjenburg.de · Telefon 04381/7491 · Fax 04381/409964

Fahrdienst am 6. Mai :

Wenn Sie einen
weiteren Weg haben:
Wir fahren Sie zum
Wahllokal!

Kontakt unter Telefon
0 43 81 - 74 91

Liebe Lütjenburgerinnen und Lütjenburger!

In dieser Ausgabe der Lütjenburger Rundschau wollen wir Sie wieder über aktuelle politische Themen und die Arbeit der Sozialdemokraten in unserer Stadt informieren. Über einiges berichten wir bereits seit mehreren Ausgaben, so auch dies mal wieder über MEN, über den Gildeplatz, den Notarzt und über den Bundeswehrstandort.

Weitere Themen sind der hauptamtliche Bürgermeister, Bürgerversammlungen, Eiszeitmuseum, Energie, Schulpolitik und einiges mehr.

Und natürlich geht es auch um die Landtagswahl am Sonntag, den 6. Mai und warum es wichtig ist, zur Wahl zu gehen!

Ihre Traudl Holst

Abgabenpreise gehalten !

Jahr für Jahr werden wir durch Preiserhöhungen verärgert. Benzin, Strom, Gas und andere Abgaben bringen uns schier zur Verzweiflung. Nicht so bei unseren Stadtwerken!

Der Abgabepreis für Wasserver- und Entsorgung, Grundsteuer usw. konnte im Großen und Ganzen unverändert gehalten werden. Damit ist Berechenbarkeit für unsere Bürger gewährleistet.

Hier blüht uns was ...

Einwohnern und Gästen ist der Frühling sichtbar vor Augen. Wiederum hat das Team des städtischen Bauhofs bei den Anlagen unserer Stadt kreativ gewirkt und in diversen Farb- und Bepflanzungsvarianten für Augenweiden gesorgt.

Wir alle haben es den Mitarbeitern des Bauhofs zu danken!



Torsten Albig SPD-Spitzenkandidat!



Foto: Olaf Bathke

Zur Landtagswahl schreibt Ihnen unser Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Torsten Albig, persönliche Zeilen zu seinen politischen Zielen auf Seite 8!

Anette Langner wieder in den Landtag!

Unsere SPD-Kandidatin für den Wahlkreis Plön-Nord stellt sich auf Seite 7 vor.



Einen besonderen Raum nimmt auch der Beitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Matthias Treu** zur diesjährigen Haushaltsdebatte in der Stadtvertretersitzung ein (S. 2)



Am 6. Mai SPD wählen!

Matthias Treu:

Haushalt 2012 – So nicht! Nicht mit uns!

Wir Stadtvertreter repräsentieren die Selbstverwaltung. Wir haben den Auftrag zu gestalten zum Wohle unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Wir sollen den kommunalen Lebensraum verbessern und uns für alle Teile der Bevölkerung einsetzen. So versteht zumindest die SPD-Fraktion ihre Aufgabe in der Lütjenburger Stadtvertretung. Für was stehen wir Sozialdemokraten?

Wir stehen für eine sinnvolle und nachhaltige Stadtentwicklung!

Wir stehen nicht für das aktuelle Städtebauprojekt, das wiederum in diesem Haushalt fast 1,1 Mio Euro verschlingt. Wir stehen nicht für eine Überplanung des Gildenplatzes in der bisherigen Form: Die CDU-Mehrheitsfraktion hat für viel Geld der Stadt die Grundstücke am Gildenplatz aufgekauft und die Stadt stark verschuldet.

Sie hat die Häuser der Oldenburger Straße gekauft, die langjährigen Mietverhältnisse gekündigt und die Häuser abgerissen! Sie hat ein Einzelhandelsgutachten in Auftrag gegeben und verfolgte politisch ausschließlich das Ziel, einen weiteren Verbrauchermarkt dort anzusiedeln! Und das alles unter der erkennbaren Schließung unseres Bundeswehrstandortes. Es wird immense Kaufkraft verloren gehen, aber dennoch wird ihrerseits ziel- und wahllos geplant. Außerdem wurde (gegen die Stimmen der SPD) so geplant, dass eine Förderung des Gildenplatzes derzeit nicht möglich ist. Im Bauausschuss am 12.01.2012 teilt BM Ocker auf Nachfrage öffentlich mit, ihm sei nicht bekannt, dass es bei der Fördersituation des zentralen Bereiches des Gildenplatzes Probleme mit der Landesförderung gibt!

Dazu ein Auszug aus der Antwort des Landesinnenministeriums, 28. November 2011:

Die hier bisher vorgelegte Planung zum Gildenplatz entspricht nach Auffassung des Innenministeriums nicht den Förderzielen dieser Soziale-Stadt-Maßnahme, was das Innenministerium der Stadt bereits mitgeteilt hat"

Hat der Bürgermeister im Ausschuss die Unwahrheit gesagt? Warum wird immer wieder mit versteckten Karten gespielt? Warum werden nicht alle Stadtvertreter über so eine wichtige Aussage des Ministeriums informiert?

Wir stehen außerdem für sinnvolle und umsetzbare Projekte!

Daher stehen und standen wir MEN immer kritisch gegenüber.

Gebäude bzw. Grundstück wurde für nur 111.000,00 € eingebracht.

Für das Projekt MENSCH-Energie-NATUR wurde selbstverständlich eine selbstschuldnerische Bürgschaft über 340.000,00 € als Betriebsgarantie abgegeben, darüber hinaus jährlich (auch in diesem Haushalt) eine Summe von 25.000 € in den Ausfallfond zur Aufrechterhaltung des Betriebes! Welcher Betrieb eigentlich?

Weiterhin eine millionenschwere Bürgschaft oder harte Patronatserklärung, oder was auch immer.

- Darüber hinaus müssen immense Erschließungs- und Planungskosten von der Stadt getragen werden. Es wurde für viel Geld eine Straße nach Niental gebaut, ohne zur berücksichtigen, dass Straßensanierungen in Lütjenburg weitaus sinnvoller gewesen wären!

- Und es ist ein Darlehen der Gesellschaft von 600.000,00 € vorgesehen. Die Stadt ist Anteilseigner dieser Gesellschaft mit 65,0 %

Die Lage sieht jetzt anders aus:

- Rückforderung von 500.000,00 € der Bundesstiftung Umwelt

- Absichtserklärung des Jobcenters über 960.000,00 € ist ausgelaufen! Eine neuerliche Zusage (obwohl mehrmals avisiert) liegt nicht vor!

Wo ist der Bewilligungsbescheid, muss sich der stellvertretende Aufsichtsvorsitzende Ocker fragen lassen, und wann kann es losgehen? Wer redet noch über MEN?

Mitglieder des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft könnten viel erzählen, werden aber bei jeder Gelegenheit auf ihre Verschwiegenheitspflicht hingewiesen.

Wann gedenkt die Stadt, ihre Bevölkerung über dieses Projekt in aller Form zu informieren?

Die SPD-Fraktion fragt auch in diesem Jahr wieder einmal:

Warum werden mögliche Einnahmepositionen nicht ausgeschöpft?

Die SPD-Fraktion mahnt z.B. die Veräußerung der Grundstücke an der Kossau seit Jahren an. Was ist an der Lage so besonders, dass der Bürgermeister sich an dieses Gebiet nicht herantraut?

Wir stehen für eine angemessene und umsetzbare kulturelle Förderung:

Die Vorstandsmitglieder des Eiszeitmuseum haben aufgegeben und sich zurückgezogen. Da aber diese Einrichtung aus politischen Gründen nicht untergehen durfte, da zum Beispiel eine teure Straße dorthin gebaut wurde, sieht dieser Haushalt eine immense Förderung an einen einzelnen Verein vor, dessen Vorsitzender „zufällig“ der persönliche Mitarbeiter des amtierenden Bürgermeisters ist:

10.000,00 € für den laufenden Betrieb des Museums,
119.000 € Baukostenzuschuss insgesamt mit einem städtischen Anteil von mindestens 29.000,00 €

Der angegebene Eigenanteil des Museum von 35.000,00 € ist zumindest fragwürdig!

- Welchen Verein oder Verband fördert die Stadt so exklusiv wie das Eiszeitmuseum?

- Welche Konzepte oder Synergien liegen abgestimmt zum stillstehenden MEN-Projekt vor oder zur abrückenden Bundeswehr?

Derzeit wird nach Meinung der Sozialdemokraten wahllos Geld in diesen Verein gepumpt .

Wir sehen hier insgesamt den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Vereine stark gefährdet!

Wir stehen dafür ein, dass kommunalpolitisch für städtische Aufgaben und Einrichtungen Verantwortung übernommen wird.

- Wir haben keinen Einfluss auf die inhaltliche Arbeit und die noch immer unzureichenden Öffnungszeiten des Jugendaktionszentrums, das um 18 bzw. 20 Uhr seine Pforten schließt.

- Wir haben keinen Einfluss auf die Vermarktung der Stadt als touristische Attraktion, weil wir unsere eigene Tourist-Information aufgegeben haben.

- Wir haben kaum mehr Einfluss auf unser eigenes Stadtfest, sondern stellen lediglich die finanziellen Mittel bereit.

Wir stehen dafür ein, unseren Kindern und Jugendlichen eine angemessene und notwendige Förderung zuteil werden zu lassen:

Im Vorbericht des Haushaltes wird wieder attestiert, dass in Lütjenburg eine dramatische Sozialstruktur vorliegt.

Es ist allen bekannt, dass es einen deutlichen Anstieg der Jugendhilfezahlen im Bereich Lütjenburg und Umland in den letzten Jahren gab.

Im Bereich der Jugendhilfeleistungen nimmt die Stadt Lütjenburg im Landesvergleich eine Spitzenposition ein.

Wie und wo steuern wir dagegen an? Wir haben diesbezüglich nichts im Haushalt gefunden!

Eine Möglichkeit wäre zumindest, die Jugendarbeit in Lütjenburg wieder ernsthaft zu betreiben:

Die derzeitige Situation ist:

- das JAZ hat in den Abendstunden nicht geöffnet.
- einen städtischen Jugendpfleger gibt es nicht mehr
- Aktionen für Kinder- und Jugendliche finden kaum mehr statt.

Andere Kommunen, zum Beispiel Preetz beschäftigen einen gut ausgebildeten Streetworker und haben damit die besten Erfahrungen gemacht. Dort sind die Fallzahlen rückläufig!

Unter diesen Umständen wird der Haushalt 2012 von den Sozialdemokraten abgelehnt!

Die SPD-Fraktion steht:

- für eine sinnvolle und nachhaltige Stadtentwicklung
- für sinnvolle und umsetzbare Projekte!
- für die konsequente Ausschöpfung von Einnahmepositionen, z.B zur Entschuldung
- für eine angemessene und umsetzbare kulturelle Förderung

Wir stehen dafür ein, dass kommunalpolitisch für städtische Aufgaben und Einrichtungen Verantwortung übernommen wird.

Wir stehen dafür ein, dass unseren Kindern und Jugendlichen eine angemessene und notwendige Förderung zuteil wird.

Christian Hanssen:

Für eine jugendfreundliche Stadt – Stadtjugendpfleger nur „Sozialdemokratische Propaganda“?

Die CDU Lütjenburg hat erneut bei der letzten Stadtvertretung bewiesen, dass sie keine Ahnung von jugendfreundlicher Politik hat!

Dass Jugendliche und junge Erwachsene Anregung, Unterstützung und Hilfsangebote brauchen, ist der CDU egal, da Probleme der Jugend wohl nicht in deren konservatives Weltbild passen!

Die Vereine und Verbände in Lütjenburg und Umgebung machen eine vorbildliche Jugendarbeit. Dies ist bekannt und auch anerkannt von den Lütjenburger Kommunalpolitiker/innen.

Aber dass es auch noch Jugendliche und junge Erwachsene gibt, die aus verschiedensten Gründen nicht am aktiven Vereinsleben in Lütjenburg teilnehmen, ist ein Aufgabenfeld, das auch behandelt werden muss. Um dort kein Problemfeld entstehen zu lassen und den jungen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, direkte Ansprache und Unterstützung zu bekommen, haben die Lütjenburger Sozialdemokraten schon längst ein geeignetes Mittel aus den Nachbargemeinden abgeschaut: Einen Stadtjugendpfleger/in (Streetworker)! Eine solche Person könnte den jungen Menschen Ansprechpartner sein und sich für ihre Interessen einsetzen.

Für die Ablehnung dieser Stelle findet die CDU leider immer neue Gründe.

Ein Stadtjugendpfleger ist sicher kein Allheilmittel, aber er kann helfen entstehende Probleme aufzufangen! Davon sind wir überzeugt und werden alle Jahre wieder so eine Stelle im Haushalt fordern, – vor allem, weil die CDU-Mehrheitsfraktion für so manches fragwürdige Projekt wie z.B. MEN sehr viel Geld verbrennt!

Schul-Buskosten, nein danke!

Die Sozialdemokraten halten es nach wie vor für unvertretbar, die Schülerbeförderungskosten auf die Eltern abzuwälzen: in Deutschland gibt es eine gesetzliche Schulpflicht, die erfüllt werden MUSS, also ist der Staat in der Pflicht sich darum zu kümmern, dass die Schüler auch zur Schule kommen.

Wohnortnahe Schulen sind zudem immer mehr dadurch in ihrem Bestand gefährdet, dass die Politik je nach Geburtenvorhersage die Mindestgrößen ändert.

So fallen seit ein paar Jahren in S-H auch bisher unterstützte kleinere Schulen nach und nach der Schließung zum Opfer, ja selbst größere müssen sich Sorgen machen.

Die SPD in Kreis und Stadt hat die Ablehnung einer Elternbeteiligung mit ihrer Abstimmung deutlich gemacht. Die CDU-geführte Landesregierung hat dennoch behauptet, diesem von ihr beschlossenen Gesetz müsse zugestimmt werden. So wird ein weiteres Mal den ohnehin schon finanziell stärker belasteten Familien mit Kindern Geld aus der Tasche gezogen.

Nach 50 Jahren Bundeswehr – was kommt nun?

Einst, Ende der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts, hatte ein weitsichtiger Bürgermeister die Idee, die Infrastruktur Lütjenburgs und damit ihre Zukunftsfähigkeit mit der Bundeswehr zu verbinden. Das ist ihm gelungen mit dem Bau einer Kaserne, den dazugehörigen Straßen, dem Ausbau der Schulen und, und, und.



50 Jahre hat die Bundeswehr das Leben in Lütjenburg mitgeprägt, konnte vor Sparmaßnahmen bewahrt werden durch gemeinsame Aktionen aller Parteien! Zuletzt jedoch half kein Aktionsbündnis, keine Unterschriftensammlung, keine gemeinsame Resolution mehr: Der Standort wird nach 5 Jahrzehnten aufgelöst.

Ohne Frage eine einschneidende wirtschaftliche und soziale Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen. Daran haben Sozialdemokraten die Kanzlerin, den Bundestagspräsidenten und die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses erinnert, die Verantwortung der Politik eingefordert.

Diese Verantwortung liegt jetzt bei den Entscheidungsträgern, wenn es um Maßnahmen und Planungen für die zukünftige Nachnutzung des Kasernengeländes und vor allem auch des Soldatenheims geht, ein Prozess, der mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Gut, wenn dazu die Menschen, die es angeht, die Lütjenburger nämlich, auch ein Wörtchen mitzureden haben!

Bürgerversammlung

Laut Satzung der Stadt Lütjenburg beruft der Bürgermeister jährlich eine Versammlung der Bürger ein. Wir warten darauf seit Jahr und Tag!

Letzte Ankündigung Ockers: Herbst 2011. (Fehlanzeige)

Dabei hätten die Bürger eine Menge Fragen:

- Wie ist der Stand der Verhandlungen und Finanzierung MEN Nienthal betreffend?
- Wie ist der Realisierungsstand Gildeplatz Nord/Süd und Niederstraße?
- Welche Perspektive hat das Eiszeitmuseum unter den neuen Bedingungen?
- Was wird aus „Uns Huus“?
- Welches ist der Sachstand Konversion/Nutzung Bundeswehrgelände?

Einkaufen: auf dem Markt: Bäcker und Eisdieler satt, aber sonst?

Brauchen wir das wirklich?

Allein 3 Bäckerläden und 4 Cafés auf dem Markt, und 2 Eisdielen, dicht beieinander, damit sie sich gegenseitig die Kunden abziehen?

Ist das klug, wenn bei ohnehin schon geringer Kaufkraft in unserer Stadt z.B. echte handwerkliche Bäckereien weiter so unter Konkurrenzdruck gesetzt werden?

Lütjenburg mit seinen liebenswürdigen alten Häuserreihen auf dem Markt ist geradezu ideal als attraktives Einkaufszentrum, aber nur mit der entsprechenden Vielfältigkeit. Das sollten Verpächter bedenken, denn nur sie haben die Möglichkeit, das Angebot zu beeinflussen. Hier ist auch die Wirtschaftsvereinigung gefragt: auf ihre Veranlassung hin wurde ja ein Einzelhandelsgutachten erstellt und darin sind die Kundenwünsche festgehalten: an Schnellbackshops jedenfalls ist bestimmt kein Bedarf mehr, wohl aber an gut sortiertem Fachhandel!

Erdverkabelung statt Strommasten- Dinosaurier!

Die längst fällige Energiewende wird endlich angepackt! Klar, dass dazu ein zügiger Netzausbau vor allem von Nord nach Süd auch in unserer Region nötig ist, um den Strom von den großen Windparks in die Ballungszentren zu leiten.

ABER: dieser Netzausbau muss in einer für Mensch und Umwelt verträglichen Form geschehen! Auch hier muss in unserer Region eine frühe Bürgerbeteiligung dafür sorgen, dass bis 2015 mit den betroffenen Gemeinden eine vertretbare Lösung gefunden wird.

Dazu fordert die SPD:

Wir müssen uns beim Ausbau der Hochspannungstrassen von den Dinosauriern des letzten Jahrhunderts verabschieden und den Einsatz von Erdkabeln besonders in besiedelten Gebieten intensiv prüfen und eine Verlegung vorziehen.

Denn die Verlegung von Erdkabeln ist mit den heutigen neuen Methoden nicht teurer als die bis zu 60 m hohen Masten.

Und: Die Erdverlegung wird von der Bevölkerung auch eher akzeptiert!

Mit dem 2009 beschlossenen Energieleitungs-Ausbaugesetz ist es möglich, dem Erdkabel den Vorzug zu geben gegenüber den Freileitungstrassen, so die umweltpolitische Sprecherin der Kreistags-SPD, Dr. Birgit Malechnissen.

Auch muss die Möglichkeit weiter entwickelt werden, die Energie direkt vor Ort zu nutzen, statt sie nur möglichst schnell weg zu transportieren.

Kuddel und Hein: „Sag mal ...“

Kuddel: ... was macht eigentlich das MEN Projekt ?

Hein: Da tut sich im Moment nichts, ich glaube das wird nix mehr.

Kuddel: Aber wofür haben sie denn dann die Straße nach Nienthal ausgebaut?

Hein: Na, damit man besser zur Turmhügelburg und zum Eiszeitmuseum fahren kann.

Kuddel: Zur Turmhügelburg, na ja, aber das Eiszeitmuseum, das ist doch völlig ausgeräumt!

Hein: Das Eiszeitmuseum soll in neuer Hand weitergeführt werden. Sogar der persönliche Referent vom Bürgermeister ist als Vorstandsvorsitzender mit dabei.

Kuddel: Du sag mal, gehört das auch zu den Aufgaben eines persönlichen Referenten?

Hein: Nein, nein, das ist alles ehrenamtlich und das macht er außerhalb seiner Arbeitszeit.

Kuddel: Glaubst du! Meinst du nicht, dass da das eine oder andere in der Arbeitszeit erledigt wird?

Du, eine Frage habe ich noch, warum mussten denn auf der Straße nach Nienthal Laternen hin?

Hein: Damit der Weg zur Turmhügelburg abends beleuchtet werden kann.

Kuddel: Aha, klar, da gehen ja so viele Menschen im Dunklen zur Turmhügelburg. Du Hein sag mal, woher weißt du das alles?

Hein: Das kriegst du alles auf der Stadtvertreter-Sitzung oder in den Ausschuss-Sitzungen zu wissen! Die sind meistens öffentlich und da kann jeder hinkommen – oder du musst eben den Bürgermeister fragen!!

Schulfrieden?

Die große Koalition (CDU/SPD) versprach nach Einrichtung von Regional- und Gemeinschaftsschulen neben 8- und 9-jährigem Gymnasium endlich Ruhe in der Schullandschaft unseres Landes.

Kaum war Schwarz-Gelb an der Regierung, wurde wieder an den Schulen rumgefummelt: Streichung von 300 Lehrerstellen, Streichung von Differenzierungsstunden an Gemeinschaftsschulen, Aufweichung des Elternwillens bei G8 oder G9, weitere Auflösung von kleinen Dorfschulen. Dabei haben wir immer noch das Prinzip der längst überholten Lehrerausbildung nach dem alten Drei-Schularten-System.

Mit Recht ist die Landeselternschaft erbost.

Erbost aber auch deshalb, weil wir in Deutschland immer noch 16 Kultusministerien haben mit 16 unterschiedlichen Schulgesetzen!

Wann endlich kann eine Familie in Deutschland umziehen, ohne sich umstellen zu müssen auf unterschiedliche Lehrbücher, unterschiedliche Bildungsgänge, unterschiedliche Schulgesetze?

Torsten Albig jedenfalls sagt zu, sich für eine Angleichung der Schulsysteme im Bund einzusetzen.

Notarzt: gute ärztliche Versorgung auch auf dem Land – ja bitte!

Sozialkassen übertoll – Beitragszahler haben das Nachsehen

Seit 2009 versucht nun das parteiübergreifende Bündnis, den ganzjährigen Notarzt-Standort für Lütjenburg und Umland wieder zurück zu erhalten.

(Seit 2010 wird nur noch von Juni bis September abends und am Wochenende ein Notarzt in Lütjenburg eingesetzt, die übrigen Monate muss er von den anderen weiter entfernten Standorten aus anfahren.)

Alle Bemühungen für den Erhalt des ganzjährigen Notarztes im Lütjenburger Raum durch Gespräche und Besuche mit und bei den Verantwortlichen in Kreis und Land haben bisher nicht wirklich etwas genützt. Und die Kassen lehnen leider Überlegungen zur Standortfrage Lütjenburg weiter ab und verstecken sich hinter Sparwängen. Dabei quellen Fond und Rücklagen der Kassen aus den Geldern der Beitragszahler mit fast 20 Milliarden Euro förmlich über!



Deshalb sind neue Verhandlungen dringend notwendig, so, wie sie die Stadt Kiel mit den Krankenkassen im Interesse der notärztlichen Versorgung jährlich entschlossen durchzieht, oft sogar über die Schiedsstelle oder gar auf dem Klageweg. Auf Landesebene wird zwar zur Zeit über eine bessere ärztliche Versorgung auf dem flachen Land nachgedacht, – wozu auch ein Notarzt gehört –, aber eine klare gesetzliche Neuregelung lässt auf sich warten.

So wird weiter der schwarze Peter der Zuständigkeit zwischen Kreis, Kassen und Land hin- und hergeschoben – vielleicht in der Hoffnung, dass die Power der Bündnismitglieder schon erlahmen wird... Dabei verbietet sich eigentlich eine solche Schacherei um die Kostenübernahme, wenn es um die Rettung von Menschenleben geht!

Wir fordern daher nicht nur im Namen der 10.000, die sich für den Erhalt des ganzjährigen Notarztstandortes mit ihrer Unterschrift ausgesprochen haben, dass die Sorgen der Bürger unserer Region wirklich ernst genommen werden, und dass in der Notarzt-Standortfrage endlich etwas geschieht!

Mit unverbindlichen Lippenbekenntnissen, die nur der politischen Profilierung dienen, ist den Menschen hier nicht geholfen!

Deshalb sind neue Verhandlungen dringend notwendig, so, wie sie die Stadt Kiel mit den Krankenkassen im Interesse der notärztlichen Versorgung jährlich entschlossen durchzieht, oft sogar über die Schiedsstelle oder gar auf dem Klageweg. Auf Landesebene wird zwar zur Zeit über eine bessere ärztliche Versorgung auf dem flachen Land nachgedacht, – wozu

Traudl Holst

Neue Bücherei, – gut gelungen!

Die neue Bücherei im alten Pastorat kann sich wirklich sehen lassen:

Hell und übersichtlich, mit Schmökerecken und sogar einem kleinen Cafe, dazu die Kinderabteilung im oberen Geschoss, – ein echter Gewinn nach vielen Jahren der Selbstbescheidung!

Auch die Ausdehnung der Öffnungszeiten ist eine positive Neuerung und nur zu begrüßen!

Dass das Bücherei-Cafe auch kleinen Vereinstreffen zur Verfügung gestellt werden kann, ist ein weiteres Plus angesichts der immer knapper werdenden Versammlungsräumlichkeiten in Lütjenburg.



Das konnten die Lütjenburger Sozialdemokraten beim Besuch des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels feststellen, der im Bücherei-Cafe seine Einschätzung zur Konversion des Kasernengeländes und zur Zukunft des Soldatenheimes „Uns Huus“ darlegte.

Bürgerbeteiligung ein MUSS

- nicht nur bei Fragen der zukünftigen Nutzung des Bundeswehrgeländes.

Auch die Gestaltung von Bauland- und Industriebrachen, die Finanzierung von Stadtjugendpflegern und Jugendarbeit, die Ansiedlung von Gewerbe und Handel, Verkehrsverbindungen, Dienstleistungen für Ältere, und und und...

Barbara Aschenbroich



Wir trauern um unser langjähriges treues Mitglied Barbara Aschenbroich.

Mit großem Engagement hat sie sich im SPD-Ortsverein wie auch als Stadtvertreterin seit über 25 Jahren für die Belange der Lütjenburger Bevölkerung eingesetzt.

Sie wird uns unvergessen bleiben!

SPD Lütjenburg

im April 2012

Was wird aus Lütjenburg?

Wer von Oldenburg her kommend in unsere Stadt hereinfährt, wird von einer großen wüsten Fläche gegenüber dem Busbahnhof empfangen; nicht eben ein erhebender Eindruck, den der Besucher unserer Stadt als Erstes aufnimmt. Ob dies sich bald ändern wird, ist sehr zweifelhaft, da sich die Neuansiedlung des dort geplanten Verbrauchermarktes schwierig zu gestalten scheint. Dies um so mehr, als jetzt durch den Abzug des Militärs die Kaufkraft unserer Bevölkerung deutlich zurückgehen wird und damit das Interesse von möglichen Kaufhaus-Betreibern, sich in Lütjenburg anzusiedeln, weiter reduziert wird. – Hätte die CDU damals, als sie 2003 die SPD im Ort ablöste, das Gewerbegebiet am Hopfenhof durch einen COOP-Verbrauchermarkt wie vorgesehen erweitert, wären die heutigen Probleme nicht entstanden. ALDI wäre an seinem Platz geblieben, den neuen Penny-Markt hätte es wahrscheinlich nicht gegeben und die am Hopfenhof bereits angesiedelten Geschäfte hätten eine bessere Zukunft gehabt. Das Argument, dass man die Geschäfte am Markt habe schützen müssen, zählt nicht, da dem neuen Verbrauchermarkt am Gildenplatz erlaubt werden musste, neben Lebensmitteln auf ca. 500 qm auch andere Artikel, wahrscheinlich dann ja wohl Textilien, anbieten zu dürfen.

Auch am anderen Ende der Stadt in Nienthal hatte die Stadt nicht eben eine glücklichere Hand beim Straßenausbau, der für das geplante MEN-Projekt durchgeführt wurde. Jetzt, wo MEN ganz offensichtlich beerdigt wurde und die Zukunft des Eiszeit-Museums ungewiss ist, hätte eine Sanierung der vorhandenen Straße ausgereicht und die Stadt vor allem vor gerichtlichen Auseinandersetzungen mit einem Anlieger bewahrt, der für MEN keinen Grund verkaufen wollte. So aber haben wir die Schulden der Stadt in den letzten neun Jahren kräftig erhöht, ohne dass dabei viel Positives herausgekommen ist.

H. Fritzenkötter

Vermassung

Dies völlig neue Wort geistert durch die Lande – und das nicht ohne Grund!

Immer größere landwirtschaftliche Flächen werden mit Mais angebaut. Nicht etwa, um Kühe damit zu füttern, sondern um Bio-Gas daraus zu gewinnen.

Neben einer Verarmung unserer schönen Landschaft hat der flächendeckende Maisanbau verheerende Folgen. Mais kann nämlich mindestens 10 Jahre auf gleicher Fläche angebaut werden. Mais verträgt jede Menge Pflanzvernichtungsmittel. Der Boden verarmt, die Bodengare wird steril, und das Grundwasser wird in Mitleidenschaft gezogen.

Dabei ist der ökonomische Wert der Gasgewinnung mit Mais höchst umstritten.

Wir hoffen auf eine rot-grüne Landesregierung, um dem Spuk ein Ende zu bereiten!

Hauptamtlicher Bürgermeister

Gleich nach Veröffentlichung des Entwurfs von Innenminister Schlie, nach dem Gemeinden über 4000 EW freigestellt wird, einen hauptamtlichen Bürgermeister einzusetzen hat die Lütjenburger SPD (LR 8, 2011) dem neuen Erlass gerne entgegen gesehen, weil nach unserer Meinung der hohe zeitliche Aufwand eines „Ehrenamtlichen“ nicht mehr leistbar ist. Und das auch nicht mit einem sog. „Stadtreferenten“, der sowohl die Geschäftsführung der MEN/Nienthal innehat, wie auch die Leitung des neu gestalteten Eiszeitmuseums. Neben seinen Aufgaben als rechte Hand des Bürgermeisters, wohlgermerkt.

Wir erwarten zweierlei Vorgaben:

Zum Ersten erwarten wir in der Ausschreibung den qualifizierten Abschluss in der Verwaltungslaufbahn, möglichst mit juristischen Kenntnissen.

Zum Anderen erwarten wir, dass ein neuer Bürgermeister nicht etwa ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl durch die Ein-Stimmen-Mehrheit der CDU gewählt wird, sondern von der neugewählten Mehrheit der Stadtvertretung im Frühjahr 2013.

Es ist allerdings zu befürchten, dass die CDU wieder mal knallhart einen ihrer Parteigänger durch denkbar knappste Mehrheit in das Amt hievt.

Hier sollten die Bürger Lütjenburgs über den Zeitpunkt der Wahl mitentscheiden dürfen!

Peter Holst

Internationaler Frauentag

In diesem Jahr war alles anders, der SPD-Ortsverein verteilte am 8. März nicht wie in den Jahren zuvor Rosen an einem Infostand an die Lütjenburger Bürgerinnen, sondern die SPD beteiligte sich an einem Bündnis von Frauen aus unterschiedlichen Parteien, des DGB und der Gleichstellungsbeauftragten.

Dieses Bündnis organisierte einen Themenabend unter dem Motto „Wenn Arbeit nicht zum Leben reicht“. Als Referentin konnte Frau Wiergowski gewonnen werden, die anschaulich die Lage der sogenannten 400,-€-Jobs und deren Nachteile dieser geringfügigen Beschäftigung darstellte. Es sind in der Regel Frauen die solche Jobs verrichten. Diese Frauen sind nicht nur im Berufsleben arm, sondern erst recht als Rentnerinnen auf staatliche Hilfe angewiesen. Nach lebhafter Diskussion der Anwesenden wurde als Fazit erkannt, dass dieser Misstand nur durch die Politik beseitigt werden kann und die entsprechenden Gesetze zurückgenommen werden müssen.

**Wir Lütjenburger SPD-Frauen fordern deshalb:
„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“**

Kerstin Panitzki

Hätten Sie's geahnt?

Rente für Geringverdienende – meist Frauen :
140 Euro – nach 45 Jahren Arbeit !

(Aus: Süddeutsche Zeitung v. 28.3.12)



Anette Langner

steht für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft!
Schleswig-Holstein hat die besten Zukunftsperspektiven in der Ostseeregion!

- Schleswig-Holstein braucht Investitionen in die Zukunft
Jedes Kind hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung
Alle Jugendlichen, die eine Ausbildung wollen, haben ein Recht auf einen Ausbildungsplatz
 - Schleswig-Holstein braucht junge Menschen, die mit guten Perspektiven ins Arbeitsleben starten
 - Schleswig-Holstein braucht gute Arbeit mit den besten Arbeitsbedingungen, braucht Arbeitsplätze mit Zukunft: in der maritimen Wirtschaft, bei der erneuerbaren Energie, in der Pflege und im Bereich Gesundheit
 - Schleswig-Holstein braucht gut ausgebildete Menschen, eine verlässliche soziale Absicherung, zukunftssichere Arbeitsplätze und gemeinsame Anstrengungen mit Bund, Land und Kommunen zur Verbesserung der finanziellen Situation des Landes!
- Ihre Stimme für Anette Langner im Wahlkreis Plön-Nord!**

Gesetz im Landtag verabschiedet – Ausschüsse nun grundsätzlich öffentlich!

Keine Beratungen mehr nur hinter verschlossenen Türen, mehr Bürgernähe und Transparenz nun bald auch für den neuen Sonderausschuss Konversion in Lütjenburg!
Das wollten wir Sozialdemokraten von Anfang an!

Straße nach Nirgendwo ?

Aufmerksame Spaziergänger oder Zeitungsleser werden es bemerkt haben, die Straße nach Nienthal wurde neu ausgebaut. Zugegeben, sie war in einem schlechten Zustand und musste repariert werden. Die SPD ist nicht gegen die Reparatur oder den Ausbau von Straßen, jedoch muss verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Bürger, und das sind auch Fördergelder, umgegangen werden. Ein Ausbau der Straße bis zur Turmhügelburg war auch im Sinne der SPD, aber was kommt dahinter? Wird das MEN-Projekt realisiert, ist die Straße insgesamt zu schmal, kommt MEN nicht, ist diese Straße zu teuer ausgebaut worden.

Nun kommt das schon totgesagte Eiszeitmuseum ins Spiel, das von einem neuen Vorstand wieder ins Leben gerufen wurde und mit Fördermitteln kräftig angeschoben werden soll. Vorsitzender des Vereins ist ein Mitarbeiter des Bürgermeisters, – ein Schelm ist, wer böses dabei denkt...

Jürgen Panitzki

Impressum

Lütjenburger Rundschau

Herausgeber: SPD-Ortsverein Lütjenburg

e-mail: webmaster@spd-lütjenburg.de

V.i.S.d.P.: Traudl Holst

Redaktion: Peter Holst, Hans Fritzenkötter, Traudl Holst, Eckhard Voß, Matthias Treu

Druck: Gebr. Peters, Preetz, Tel. 0 43 42 / 21 20

Auflage: 3000



40 Jahre Mitglied in der SPD

Unsere Landtagsabgeordnete Anette Langner ehrte Annegret Heckert für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD.



**Kleine Schulen für kleine Kinder, kurze Wege für kurze Füße :
Rettet die Dorfschulen !**

Hätten Sie's gewusst ?

Jeder Schüler ohne Abschluss kostet jedes Jahr 10.000 Euro an Sozialkosten!

(Torsten Albig)

Liebe Leserinnen und Leser,

hier in Lütjenburg hat mein politischer Weg begonnen. In dieser Region unseres Landes war ich einige Jahre zuhause und fühle mich noch heute stark mit ihr verbunden. Hier habe ich gelernt, dass Politik nur in einem verlässlichen Miteinander funktioniert. Ja, Politik braucht Entscheidungen - aber sie braucht vor allem den Dialog, um gemeinsam zu guten Entscheidungen zu kommen. Wer gut regieren will, muss zuhören, offen sein für gute Ideen und transparent handeln. Eine Landesregierung unter meiner Führung wird diesen Weg gemeinsam mit Ihnen beschreiten. Meine Vorstellungen, wie unser Land wieder stärker und zukunftsöffener sein kann sind klar. Einige meiner Grundsätze möchte ich Ihnen gerne näher bringen:

Bildungskürzungen zum Nachteil unserer Kinder und Enkel wird es mit mir nicht geben! Bildung bedeutet Zukunft. Ich will unseren Kindern die beste Bildung geben - und nicht die billigste. Das Portemonnaie der Eltern darf nicht über die Chancen der Kinder entscheiden. Gebührenfreie Bildung und ein verlässliches Schulsystem - bestehend aus den drei starken Säulen Gemeinschafts- schule, Gymnasium und berufliche Schulen -, das Raum für guten Unterricht gibt.

Ich werde unsere Städte und Gemeinden so stark machen, dass sie ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können. Wir brauchen sie, damit Krippen und Kindergärten für unsere Kinder und Enkel ebenso wie eine gute schulische Infrastruktur und kulturelle Einrichtungen dauerhaft erhalten bleiben. Kommunen und Land - Hand in Hand!

Eine Rückkehr zur Atomkraft wird es mit mir nicht geben. Wir haben Wind, wir haben Sonne, wir haben Wasser! Eine ehrliche und nachhaltige Energie- wende im Dialog mit Ihnen und für Sie - das ist mein Ziel! Sozialdemokraten haben den regenerativen Energien in unserem Land zum Durchbruch verholfen. Eine konsequent weitergeführte Energie- wende stärkt unsere Wirtschaft und schafft neue Arbeitsplätze.

Ein guter Ministerpräsident weiß: Wir werden sparsam sein müssen und Bürokratie reduzieren. Aber nie, ohne mit allen Beteiligten gesprochen und die Konsequenzen bedacht zu haben. Beteiligung ist für uns Verpflichtung. Meine Erfahrungen als Sprecher mehrerer Bundesfinanzminister hat mich gelehrt: Nur mit einem Dreiklang aus Einnahme- verbesserung, Einsparungen und strukturellen Ver-



änderungen können wir den Haushalt nachhaltig konsolidieren - und haben endlich wieder die nötige Luft, um in Bildung, Betreuung und soziale Politik investieren zu können.

Am 6. Mai geht es nicht um mich oder meine Partei. Es geht um unser Zusammenleben und die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Es geht um die Gestaltung unseres Landes! Es geht um Lütjenburg! Schleswig-Holstein ist mein Lieblingsland. Ich möchte, dass es endlich wieder gut regiert wird. Die Entscheidung darüber liegt allein in Ihrer Hand. Nutzen Sie bitte am 6. Mai Ihre Stimme! Ich freue mich auf den Dialog mit Ihnen und die Zusammenarbeit in unserem einzigartigen Land - vernünftig, verlässlich, vertrauensvoll! Sie haben die Wahl!

Herzliche Grüße,

Ihr und Euer

Torsten Albig

Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten

Mehr über mich erfahren Sie unter www.torsten-albig.de

Deshalb: Am 6. Mai SPD wählen!